dessen herabgesetzt werden, das einem staatlichen Unternehmen entspricht.

Nun, meine Freunde, zu dem Plan selbst, der den Maßnahmen zugrunde liegt, welchen die Regierung dem Herrn Reichspräsidenten in wenigen Tagen vorschlagen wird.

**Deutschlands zentrales Problem ist die Arbeitslosigkeit.**

Die intensive Bearbeitung dieser Frage im Laufe der letzten Jahre hat gezeigt, daß Notstandsarbeiten und unmittelbare Arbeitsbeschaffung aus Steuermitteln sie bisher nicht beseitigen konnte. Die Reichsregierung läßt selbstverständlich die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nicht aus den Augen. Solche Notstandsmaßnahmen sind schon im Gange; z. B. auf dem Gebiete des Straßenbaues, der Wasserwirtschaft, der Meliorationen, der Hausreparaturen. Insgesamt sind für diese Zwecke bisher 135 Millionen bereitgestellt. Die Reichsregierung hat beschlossen, auch andere Arbeitsgebiete mit Notstandsarbeiten zu versorgen. Sie handelt dabei in vollkommenem Einvernehmen mit der Reichsbank.

**Der Freiwillige Arbeitsdienst,**

dem bald etwa 200 000 Jugendliche angehören, wächst von selbst, ein Beweis für die werbende Kraft, die ihm innewohnt. Außerdem sind Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Siedlung, der Vorstadtkleinsiedlung, des Wohnungsbaues und der Hausreparaturen in Aussicht genommen. Hier ist besonders daran gedacht, den Bau von Eigenheimen mit den noch vorhandenen Kreditmöglichkeiten zu fördern.

Dennoch, meine Freunde, sind wir uns vollkommen klar darüber, daß es niemals gelingen wird, auf diesem Wege allein das wünschenswerte Ausmaß der Arbeitslosenverminderung zu erreichen. Die Regierung ist daher entschlossen,

**im großen Rahmen den Versuch zu machen, durch eine Belebung der Privatwirtschaft zur Neueinstellung von Arbeitskräften und zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen zu gelangen.**

Das kann nur geschehen, wenn die Hilfe nicht von einer Seite her, etwa von der Industrie oder nur von der Landwirtschaft allein versucht wird, sondern wenn überall gleichzeitig geholfen wird. Wir gehen bei unseren Ueberlegungen davon aus, daß eine Reihe von wichtigen Anzeichen darauf hindeuten, daß das längste Stück des Weges, der uns zur Krise führte, nunmehr zurückgelegt ist. In einem solchen Zeitpunkt ist es infolgedessen berechtigt, weitertragende Maßnahmen zu ergreifen, als es in einem früheren Zeitpunkt der Krise möglich gewesen wäre. In dem gegenwärtigen, sehr fortgeschrittenen und voraussichtlich nicht allzuweit vom Ende entfernten Stadium der Krise kann man erwarten, daß jeder Einfluß zur Belebung der Wirtschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit dazu beitragen wird, die natürliche Fortsetzung inn einem tatsächlichen Aufschwung der Wirtschaft zu finden.

**Deutschlands gesamter Produktionsapparat muß zunächst einmal instand gesetzt werden, um an dieser Belebung teilzunehmen. Heute ist der Zustand vieler unserer Produktionsstätten so schlecht, daß völliger Verfall droht.**

Wer hat in den letzten Jahren Geld für die nötigen Reparaturen aufwenden können? Wir haben nur von der Hand in den Mund gelebt und leben können. Es hat sich ein ungeheurer Bedarf an Erhaltungs- und Notstandsmaßnahmen aufgestaut, der in die Milliarden geht. Es muß der erste Schritt sein, daß die gesamte Wirtschaft die Mittel erhält, um dieses Versäumnis nachzuholen. Das ist dann gleichzeitig der erste Schritt der neuen Belebung. Dadurch wird eine Neueinstellung von Arbeitern in größerem Umfange möglich, und es werden gerade die mittleren und die kleineren Betriebe, deren ureigenste Domäne die Ausführung derartiger Arbeiten darstellt, als erste von der Belebung Nutzen ziehen. Von diesem Punkte aus soll der Versuch gemacht werden, den Wirtschaftsprozeß in größerem Umfange zu beleben. Der Einsatz, der für diesen Zweck zu machen ist, **muß genügend groß** gewählt werden, damit die beabsichtigte Wirkung eintritt. Dieser Einsatz, meine Freunde, wird sich auf eine

**Summe von mehr als 2 Milliarden Mark**

belaufen, und zwar über diejenigen Summen hinaus, die für Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffung ausgeworfen sind. Die Verhandlungen über die Durchführung dieses Programms im einzelnen und seine Finanzierung sind schon weit fortgeschritten. Insbesondere hat auch die Reichsbank ihre Mitwirkung zugesagt, wobei es sich, von der Seite der Geldbeschaffung gesehen, nicht um eine Belastung der Notenbank mit großen Beträgen, sondern im wesentlichen um die Heranziehung der in der Wirtschaft ohnehin vorhandenen, zur Zeit nicht für die Arbeit ausgenutzten Liquidität auf dem hierfür jetzt schon gegebenen Weg handelt. Den Gedanken, diesen Betrag etwa in einer

**Zwangsanleihe zu finanzieren, haben wir abgelehnt.**

Beträge in solcher Höhe würde die deutsche Wirtschaft, auch wenn die Zahlung über eine längere Zeit verteilt werde, nicht aufbringen können. Das würde auch meiner Regierungserklärung widersprechen,

**keine neuen Lasten mehr**

zu bringen. Anstatt dessen beabsichtigen wir, folgenden Weg zu beschreiten:

**Es sollen für Teile besonders produktionshemmender Steuern, wie beispielsweise der Umsatzsteuer, der Realsteuer, übrigens ohne jede Beeinträchtigung der Etats der Länder und der Gemeinden, und der Beförderungssteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 fällig und gezahlt werden, Steueranrechnungsscheine gegeben werden, auf die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichssteuern einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuer bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1,5 Milliarden handeln. Diese Scheine werden mit einem Agio versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten.**

Die Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Hereinnahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Arbeiten für den, wie ich es nannte, aufgestauten Erhaltungsbedarf sein und dadurch die Möglichkeit schaffen,

**neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß einzufügen.**

Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von

**weiteren 700 Millionen RM.**

in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen.

**Für jeden Neueingestellten soll, aufs Jahr gerechnet, ein Betrag von 400 RM. in Scheinen gegeben werden.**

Wird dieser Betrag voll ausgenutzt, so werden

**1,75 Millionen Arbeiter mehr eingestellt**

werden können. Wird dies gelingen, meine Freunde, so würde das einen ganz großen vorwärtstreibenden Erfolg bedeuten. Diese Maßnahmen werden aber nur dann die Wirtschaft sofort in Gang bringen, wenn das Problem auch von der Seite der Arbeit angepackt wird. Es wird deshalb den Arbeitgebern gleichzeitig ein Anreiz zur Streckung der Arbeit durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter geben.

**Dieser Anreiz wird nur auf dem Gebiete der Entlohnung liegen können. Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in einem gewissen, genau umgrenzten Umfange, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenze in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder der Arbeiterschaft ist.**

**Der Lohn wird aber nicht im gleichen Ausmaß ermäßigt werden dürfen, wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb gezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich sogar noch erhöht.**

Ich bin mir bewußt, meine Freunde, daß diese Maßnahme einem Teil, und zwar dem jetzt beschäftigten Teil der deutschen

**Arbeiterschaft Opfer auferlegt.**

Aber diese Opfer gehen zugunsten der heute Arbeitslosen, und wenn auch der einzelne eine kleine Einbuße erleidet, so wird die Gesamtlohnsumme erhöht, die allgemeine Kaufkraft also gesteigert. Auf diese Weise werden wir eine weitere erhebliche Zahl Erwerbsloser der Arbeit wieder zuführen können. Die Reichsregierung beabsichtigt, das

**Tarifrecht und das Schlichtungswesen in seinem wesentlichsten Inhalt aufrecht zu erhalten**

Was ich aber immer wieder betonen muß, ist die Erwartung, daß die Beteiligten ihre Verhältnisse mehr als bisher im Wege freiwilliger Selbstbestimmung ohne staatliche Mitwirkung und ohne Bevormundung ordnen. Es ist in erster Linie ihre Aufgabe, die Tarifverträge so auszugestalten, daß die Nachteile, die mit einem zuweitgehenden Tarifschematismus notwendig verbunden sein müssen, verschwinden. Der

**wertvolle Kern des Tarifgedankens,**

den ich in der Sicherung der Existenzgrundlage des Arbeitnehmers, in der Verhinderung unlauterer Lohnkonkurrenz und vor allem in der arbeitsgemeinschaftlichen Zusammenarbeit der beiderseitigen Verbände sehe, muß erhalten bleiben. Unsere Tarifverträge sind vielfach immer noch zu starr und nehmen auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete der Betriebe der Arbeitgebergruppe nicht gebührend Rücksicht. Besonders am Herzen liegt mir die

**Erhaltung der Produktionsstätten.**

Es sollte in der heutigen Zeit nicht vorkommen, daß Betriebe, die bei vernünftiger Berücksichtigung ihrer besonderen Notlage aufrechterhalten werden könnten, infolge der Starrheit staatlicher Bindungen zum Erliegen kommen. Die Reichsregierung hat den Beteiligten schon wiederholt nahegelegt, für derartige Sonderverhältnisse Ausnahmemöglichkeiten im Tarifvertrag vorzusehen. Leider ist dies nicht überall im erforderlichen Umfange geschehen. Ich halte es daher für notwendig, für diese Fälle nunmehr im Verordnungswege Abhilfe zu schaffen.

Alle diese Maßnahmen dienen zunächst nur einer Uebergangszeit.

**Sie werden deshalb auf 12 Monate befristet.**

Sie sollen es der Wirtschaft ermöglichen, sich aus ihrer bisherigen Erstarrung zu lösen, um den eigenen wirtschaftlichen Gegensätzen zu folgen. Ich weiß, daß diese Maßnahmen noch nicht alles das enthalten, was Sie vielleicht heute von mir erwarteten und was die Aufgabe dieser Regierung ist. Ich erwarte aber, daß der gewaltige Anstoß, den unsere gesamte Volkswirtschaft durch eine Entlastung und damit Befruchtung um etwa 2 Milliarden RM. und eine zusätzliche Beschäftigung von 1 bis 2 Millionen Arbeitsloser erfährt, auch die Lage der Landwirtschaft direkt und indirekt außerordentlich verbessern wird. Die Schrumpfung der Kaufkraft des Binnenmarktes hat den Konsum gerade von Veredelungsprodukten, wie z. B. Fleisch, das wir im eigenen Lande genügend herstellen und deshalb durch Zölle nicht mehr entscheidend stützen können, außerordentlich gedrückt und damit die Preise völlig unrentabel gemacht. Die Hebung der Kaufkraft der Allgemeinheit wird den Landwirt eher dazu befähigen, Erzeugnisse zu angemessenen Preisen auch wirklich absetzen zu können, besser absetzen zu können, als dies heute der Fall ist, und insbesondere bei den Erzeugnissen der bäuerlichen Veredelungswirtschaft.

Ich habe Ihnen den großen Rahmen angegeben, in dem, wie ich zuverlässig hoffe, die Gesundung unserer gesamten Wirtschaft einen neuen Anlauf nehmen wird. Es würde zu weit führen, mich heute über eine Reihe wichtiger Einzelfragen, wie vor allem über das

**Zinsproblem**

zu äußern. Daß wir diese Frage auf dem privatwirtschaftlichen Wege mit allen Kräften vorwärtstreiben, ist ebenso selbstverständlich wie daß wir eine

**Diskontsenkung binnen kurzem durchführen**

werden. Ferner aber sollen diese zwölf Monate, in denen jene Nothilfe abläuft, dem organischen Um- und Neubau unseres Staats- und Wirtschaftswesens dienen, der die eigentliche Aufgabe unserer Zeit ist. Erst wenn wir der Not der Stunde etwas mehr entrückt sind als heute werden wir ein Sozial- und Finanzprogramm auf lange Sicht aufbauen können.

Ich kann hier nicht über alle Probleme des Staatslebens sprechen. Für eine politische Programmrede wird im Reichstage Gelegenheit sein. Dort werde ich über die Gebiete der inneren und der äußern Politik reden, die ich heute nicht berühren kann. Ich möchte nur auf eins eingehen, das mein Herr Vorredner betont hatte, auf die

**Anpassung unseres gesamten Staats- und Verwaltungsapparates an die Armut der Nation.**

Ich darf hierbei darauf hinweisen, in welcher Weise bereits in Preußen unter der tatkräftigen Leitung des Reichskommissars Dr. Bracht, der zu seinem Bedauern heute nicht anwesend sein kann, die Probleme der Verwaltungsreform angefaßt worden sind. Pläne sind durchgeführt, die zum Teil seit mehr als 30 Jahren erwogen worden sind und schließlich noch jahrelang in den Schreibtischen geschlummert haben oder im Landtag stecken geblieben sind. 58 Landkreise eingespart worden, Kreise, die seit altersher bestanden, als die Postkutsche das schnellste Beförderungsmittel war, die aber im Zeitalter von Telephon und Eisenbahn und Auto eine überflüssige Verwaltungsbelastung darstellen. Zweifellos bringen solche energischen Eingriffe zunächst auch unangenehme Folgen mit sich. Auf die Dauer werden die Vorteile der Vereinfachung überwiegen. Daß man dabei nicht schematisch verfahren ist, sehen Sie daraus, daß viele Provinzen, wie z. B. Westfalen, von der Neuregelung gar nicht betroffen sind. 60 Amtsgerichte sind aufgelöst worden. Diesen ersten Maßnahmen, meine verehrten Freunde, wir eine große organisatorische Verwaltungsreform folgen, eine Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern, die, wie ich hoffe, vom preußischen Staatsministerium in wenigen Tagen verabschiedet werden wird. Diese Reform ist eine unentbehrliche und entscheidende

**Voraussetzung für eine Reichsreform.**

Sie wird die Doppelarbeit von Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten beseitigen und jedem von ihnen seine getrennte und selbständige Zuständigkeit geben. Die Sonderverwaltungen auf kulturellem, wirtschaftlichem und technischem Gebiete werden einheitlich den Regierungspräsidenten bezw. den Landräten angegliedert werden. Diesen Maßnahmen soll eine Verkleinerung und Vereinfachung in der Zentralinstanz, eine Finanzreform und eine Reform der Selbstverwaltung folgen.

**Die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und die dadurch möglich gewordene Reform an Haupt und Gliedern beweisen, daß diese Regierung mehr als jede andere in den letzten vierzehn Jahren gewillt ist, zu handern.**

Mit tiefer Sorge verfolgt die Reichsregierung eine der verhängnisvollsten Wirkungen der Einengung des deutschen Lebensraumes. Millionen der nachwachsenden Jahrgänge, junge Menschen voll Tatendrang, sind nach der Ausbildung vom Berufsleben und damit von einer äußeren und inneren

**Existenzgrundlage ausgeschlossen.**

mit ihnen leiden Millionen von Vätern und Müttern. Die Reichsregierung nimmt diese Sorge auf. Praktische Schritte zur Eingliederung dieser wichtigen Kräfte der jungen Generation aller Schichten werden getan werden, mögen die Opfer auch noch so schwer sein.

**Ganz besonders ernst ist die Lage des akademischen Nachwuchses.**

Hier plant die Reichsregierung, zunächst die Zwischenschaltung eines praktischen Jahres zwischen höherer Schule und Hochschule anzuregen und durchzuführen und gleichzeitig den Hochschulen die unabweisbare Pflicht nahezulegen, nach diesem Jahre auf jede nur denkbare Weise die Zahl der Studenten dem Bedarf der Berufe anzugleichen. Die praktischen Kenntnisse dieses Werkjahres werden von gleichem Nutzen sein für diejenigen, die nach jeder Entscheidung sich praktischen Berufen widmen, wie für diejenigen, die studieren. Jedenfalls geht es nicht länger an, daß jährlich mehr als 10 000 der Hochschulabsolventen für immer der Hoffnung beraubt sind, einen Beruf zu finden.

Diesem Neubau auf allen Gebieten wird die Arbeit der nächsten Monate gewidmet sein. Sie kann nur geleistet werden durch eine autoritäre, unabhängige Regierung, die sich ihrer Verpflichtung gegen Gott und die Nation im tiefsten bewußt ist. Aus dieser Ueberzeugung heraus halte ich es für meine Pflicht,

**Störung dieses Werkes durch die Einflüsse der Parteien abzuwehren.**

Große Aufgaben im Dienste der Nation können nur von dem gelöst werden, der sich dem ganzen Volke und nicht einer Partei oder Klasse dienstbar glaubt. Der Grundsatz der Reichsverfassung, die Staatsgewalt gehe vom Volke aus, kann nicht bedeuten, daß diese Staatsgewalt dem taktischen Spiele der Parteien im Parlament ausgeliefert werden soll, und wenn heute, meine Freunde, von einer